

Solidarische Ökonomie in Ostdeutschland, Ost- und Mitteleuropa“

Bericht von Judith Dellheim

Die Wahl der Stadt Cottbus als Ort für das Sozialforum wurde von Beginn an mit dem Anliegen verbunden, den Erfahrungs- und Meinungsaustausch mit Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen in Polen, Tschechien und anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern zu intensivieren. Dem diente auch und insbesondere die Reihe von Veranstaltungen zur Solidarischen Ökonomie. Hinzu kam, dass in der bisherigen Diskussion zur Solidarischen Ökonomie in Deutschland Erfahrungen aus Ostdeutschland, ost- und mitteleuropäischen Ländern (mehr oder weniger systematisch) ausgeblendet blieben. Damit verbunden ist, dass nach wie vor vielen Akteuren in Deutschland wichtige Einsichten verschlossen und viele Akteure in Ostdeutschland, in ost- und mitteleuropäischen Ländern von wichtigen Kommunikationsprozessen ausgeschlossen sind. Das wirkt sich auch negativ auf die Sozialforumsprozesse und die Entwicklung solidarischer Ökonomie aus, womit wiederum Potenzen für demokratische und solidarische Entwicklungen verloren gehen.

Die Cottbuser Ergebnisse bestätigen das Konzept der Veranstalter/innen: Mitglieder des mitteldeutschen Raiffeisen-Genossenschaftsverbandes nahmen zum ersten Mal an einem Sozialforum teil. Die Gäste aus Rumänien erfuhren erstmalig sowohl voneinander als auch von Sozialforumsprozessen in einzelnen europäischen Ländern. Es wurden eine Reihe neuer Kontakte geknüpft und Absprachen für die weitere Zusammenarbeit getroffen. Insbesondere ostdeutsche Teilnehmer/innen am Sozialforum verfolgten mit großem Interesse die Veranstaltungen. Mehrere im Vorbereitungskreis Mitwirkende bezeichneten das Projekt als „bestes Beispiel für eine sozialforumsgemäße Veranstaltungsreihe“.

Für die weitere Bearbeitung des Themas „Solidarische Ökonomie“ konnten zumindest **drei Schlussfolgerungen** gezogen werden:

- 1) Solidarische Ökonomie sollte stärker als Motiv für autonome soziale und ökonomische Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden. Dabei erwies sich die Zusammenarbeit mit Kommunalpolitiker/innen und kommunalen Verwaltungen als ein Konfliktpunkt. Ein weiterer Konfliktpunkt betrifft das politische Eintreten für gesetzliche Regelungen zur Selbsthilfe. Inwiefern und unter welchen Bedingungen kann es in der Gesellschaft demokratisierende und solidarisierende Prozesse befördern?
- 2) Es wäre näher zu untersuchen, inwiefern das Engagement von Akteuren der solidarischen Ökonomie Sozialforumsprozesse befördert.
- 3) Künftig müssen wesentlich intensiver als bisher solidarische Kooperationen unter KMU wie z. B. Arbeitgeberzusammenschlüsse als Potenzen Solidarischer Ökonomie analysiert und behandelt werden.

Zu den einzelnen Veranstaltungen

1) 19.10.2007, 9.00-11.00 und 11.30-13.30 Plenum

a) zum Problemverständnis

Judith Dellheim (Veranstalterin, RLS) eröffnete die Veranstaltungsreihe und erklärte Zusammenhänge zwischen Solidarischer Ökonomie und Sozialforumsprozessen im Allgemeinen und zwischen Solidarischer Ökonomie in Ostdeutschland, in Ost- und Mitteleuropa und dem 2. Sozialforum in Deutschland im Besonderen: Immer geht es um die Suche nach Potenzen für demokratische und solidarische Lösungen sozialer und ökologischer Probleme und um Ansätze für die gerechte Milderung und schrittweise Überwindung menschheitlicher Existenzfragen. Menschen, die gemeinsam mit anderen ihre Alltagsprobleme meistern wollen und dabei die Suche nach Lösungen auf Kosten Schwächerer ausschließen, können und sollen für positive gesellschaftliche Veränderungen gewonnen werden. Sozialforen sind bestens dafür geeignet, sich von „gleich“ zu „gleich“ über das hier und heute und über gesellschaftspolitische Alternativen auszutauschen und ggf. Verabredungen zur Zusammenarbeit und zu Aktionen zu treffen. Viele Bürger/innen in Ostdeutschland fühlen sich Menschen mit ähnlichen Problemen in den vormaligen „Bruderstaaten“ nahe, wollen so viel wie möglich über den Alltag in Ost- und Mitteleuropa erfahren und Gemeinsamkeiten politisch zum Tragen bringen. Die demokratische soziale, ökologische und kulturelle Erneuerung der Bundesrepublik ist für sie mit mehr solidarischer Zusammenarbeit mit den Bürger/innen der MOE-Staaten und innerhalb der Europäischen Union verbunden. Hier finden sich Ansatzpunkte, um von Regionen, insbesondere von Grenzregionen, aus verändernd auf den Gang der Globalisierung Einfluss zu nehmen. Das Sozialforum in Cottbus muss und will derartigen Zusammenhängen Rechnung tragen, so auch die Veranstaltungsreihe. Ihr Einstieg soll zum einen das Verständnis für die Bedingungen mehren, unter denen heute Menschen in Ostdeutschland, Ost- und Mitteleuropa Projekte und Strategien entwickeln, um ihre Alltagsprobleme zu bewältigen. Zum anderen geht es um die Frage, welche Probleme Solidarische Ökonomie lösen kann und welche nicht.

Martin Krzywdzinski (WZB) verband die Frage nach Solidarischer Ökonomie in Polen mit den Problemkreisen soziales Sicherungssystem und soziale Konflikte. Dabei behandelte er insbesondere politische Kräfteverhältnisse zwischen dem liberalen und dem gewerkschaftlichen Lager. Er unterschied zwischen den Gewerkschaftsverbänden „auf der Rechten“ und „auf der Linken“ Solidarnosc und OPZZ“ und zwischen dem „liberalen“ und dem „gewerkschaftlichen Flügel“ in den meisten Regierungen. Wurden 1989-1993 unter der rechten Regierung soziale Standards maximal demontiert, kam es dennoch zu breiter Frühverrentung und einer Erhöhung der Altersrenten. Führte die sozialdemokratische Regierung 1993-1997 den „sozialen Dialog“ mit den Gewerkschaften, wurden andererseits die Arbeitslosenunterstützung und die Sozialhilfe gekürzt und repressive Elemente in die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Unter der rechten Regierung mit Solidarnosc-Beteiligung 1997-2001 blieben zwar das Arbeitsrecht und die Sozialleistungen im wesentlichen unverändert, wurde aber die Kapitalmarktfinanzierung in das Rentensystem eingeführt. Unter der sozialdemokratischen Regierung 2001-2005 wurden sowohl das Arbeitsrecht dereguliert als auch einige Sozialleistungen gekürzt. Im Ergebnis all dessen entstand in Polen ein Sozialstaatsmodell mit einem geringen Grad an Dekommodifizierung der Arbeitskraft, Privatisierung und Umverteilung, wobei

die Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und die beitragsabhängige Rentenversicherung das physische Existenzminimum sichern. Zugleich schritten die soziale Differenzierung und die Verarmung drastisch voran. Von Armut besonders betroffen sind: a) Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, und junge Erwerbslose, b) Familien mit mehreren Kindern, c) Niedriglohnbezieher/innen, insbesondere Frauen, d) Menschen in ländlichen Regionen, insbesondere ehemalige Beschäftigte von Staatsgütern.

Zugleich wird Armut regionalisiert und hebt Polen die relative Armut im EU-Durchschnitt an. In den Wachstumsregionen aber steigen ebenfalls die gewerkschaftliche Kampfkraft und die Zahl der gewerkschaftlichen Kämpfe. Nationalistisch-konservative Regierungen haben versucht, mittels Erhöhung des Mindestlohnes und stärkerer Kontrolle der Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften zu kaufen.

Unter den Bedingungen, da in den armen Regionen die Perspektivlosigkeit wächst, könnte lediglich ein Bündnis zwischen Solidarischer Ökonomie - statt extremistischer PiS, LPR und Samoobrona - mit kämpferischen Gewerkschaften auf der Linken wirksam gegen Armut vorgehen.

Judith Dellheim (Veranstalterin RLS) sprang für den plötzlich erkrankten **Tadeusz Kowalik** ein, der während der 80iger Jahre für die Solidarnosc Belegschaften selbstverwalteter Betriebe beriet. Er hatte einen über 40seitigen Text in polnischer Sprache geschickt, den Judith Dellheim referierte. Sie formulierte und erklärte vier Thesen:

1. These: *Die polnische Entwicklung ist bzw. war keine Gesetzmäßigkeit. Ende der 80iger/Anfang der 90iger Jahre waren die Bedingungen für eine Entwicklung des Neoliberalismus und des Staatssozialismus recht günstig. Dass sie verspielt wurden, liegt zum einen am Verhalten der alten und neuen Eliten bzw. an den Kräfteverhältnissen unter ihnen. Zum anderen lag das am mangelnden Selbstbewusstsein der Menschen und am Unwillen bzw. Unvermögen, mit den eigenen Erfahrungen produktiv umzugehen.*

2. These: *Die große Tragik besteht darin, dass auf Grund der politischen Kräfteverhältnisse in Polen ohne gesellschaftliche Debatte ein zerstörerischer Crashkurs gefahren werden konnte. Statt demokratischer Diskussion gab es eine Rosskur nach US-amerikanischem Rezept, obwohl das Ergebnis schon an Chile studiert werden konnte. Jeffrey Sachs, der für Pinouquet die Wirtschaftspolitik entwickelte, ist auch der Schöpfer des Big Ban für Polen, der eigentliche Ghos Writer des Balcerowicz Planes. Leider haben zahlreiche Menschen, die einst für einen Sozialismus ohne Deformationen und für Demokratie demonstrierten, in einem demokratischen Verständigungsprozess ein viel zu langes und zu anstrengendes Unternehmen gesehen. Sie haben der Mär von einem schnellen schmerzhaften Übergang in ein verheißungsvolles System Glauben geschenkt.*

3. These: *Es gab sowohl Anfang der 90iger Jahre und während der 90er Jahre durchaus das intellektuelle Potenzial und die Konzepte für eine andere Wirtschaftspolitik. Dabei spielte auch der andere Blick auf die Europäische Union eine wichtige Rolle. So ging es zum einen um langsame und anders orientierte Transformationsprozesse und um die Orientierung an verstärkter Kooperation mit einigen EU-Ländern statt auf schnellstmögliche EU-Mitgliedschaft.*

4. These: *Die Europäische Union hätte sich auch anders entwickeln können. Die Maastrichter und Amsterdamer Verträge, die die EU letztendlich zum neoliberalen Projekt machten, waren keine zwingende Folge aus den Römischen Verträgen..*

So muss festgestellt werden, dass zum einen Anfang der 90iger Jahre der Neoliberalismus in Polen und anderen MOE-Staaten viel radikaler durchgeschlagen hat als in den westeuropäischen Ländern. Zum anderen, dass mit dem EU-Erweiterungsprozess nochmals Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union und der EU forciert wurden, die als Fortschreiten des Neoliberalismus gewertet werden müssen. Das hat in Polen dazu geführt, dass die Neoliberalen als „Europäer“ erscheinen, die Globalisierungsgegner als EU-Gegner, vielfach in Kirchengewand. Diejenigen, die einen dritten Weg gehen wollen, sind EU-Kritiker/innen, aber nicht EU-Gegner/innen. Leider sind für zahlreiche Menschen die Unterschiede nur schwer erkennbar.

Eine Stärkung des Einflusses der demokratischen Kritiker/innen wäre mit drei Tendenzen verbunden: 1) Eine Kooperation unter jenen in der EU, die sich ein skandinavisches Modell vorstellen und daran orientieren; 2) eine Kooperation von jenen in Polen, die auf Demokratisierung der Gesellschaft setzen; 3) was damit verbunden ist, eine Kooperation unter und mit jenen, die Selbstorganisationspotenziale der Gesellschaft aufspüren und neue Akteure für demokratische Entwicklungen schaffen bzw. stärken wollen.

Nachdem also die Bedingungen vorgestellt wurden, unter denen sich (z. B.) in Polen Solidarische Ökonomie entwickelt, erklärte Irmtraud Schlosser (Veranstalterin/FU Berlin) ihr Verständnis von solidarischer Ökonomie: Bei der Suche nach Alternativen und Gegenperspektiven zur vorherrschenden globalisierten Marktökonomie erfreut sich Solidarische Ökonomie in Theorie und Praxis einer wachsenden Aufmerksamkeit. Sie ist ein „gesellschaftspolitisches Modell der gemeinschaftlichen ökonomischen Selbsthilfe von Menschen, die ihre Interessen und Bedürfnisse im sozial-kulturellen und lokalen Umfeld durch demokratische Selbstorganisation verbessern und dadurch nachhaltige lokale und regionale Entwicklungsprozesse in Gang setzen können“. Ihre Handlungsprinzipien können ebenso in marktbezogenen Formen des Arbeitens und Wirtschaftens Anwendung finden. Anforderungen an Arbeitsleistungen orientieren sich zunehmend an sog. „Selbsttechniken“, also an Fähigkeiten zu Selbstdisziplin, Selbstorganisation und Selbstkontrolle. Sie sind darauf gerichtet, Konkurrenzmuster zu festigen.

Insofern sind die Handlungsprinzipien der Solidarischen Ökonomie ambivalent. Sie sind immer sowohl Ausdruck von sozialer Kontrolle und Entfremdung, als auch der Überwindung von Herrschaft in der Arbeit und durch Arbeit.

Zur Ambivalenz der Solidarischen Ökonomie haben schließlich auch Programme beigetragen, die auf der Ebene der Europäischen Union entworfen wurden, um Beschäftigung und soziale Integration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Mitgliedsländern zu fördern. Beispiele, in denen sich die Förderung von Initiativen und Projekten auf die Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit beschränkt, gibt es ebenso wie solche, in denen es mit dem Aufbau von (sozialen) Kleinstbetrieben gelungen ist, eine lokale und regionale Wirtschaftsentwicklung in Gang zu setzen. Schließlich ist das europäische Genossenschaftsstatut (2003) zu nennen, das als Chance gesehen werden kann, jene kulturellen Spaltungen zu überwinden, die aus den jeweiligen Traditionen in Europa resultieren. Hier setzt auch der Workshop Solidarische Ökonomie in Osteuropa an. Es geht in erster Linie um eine Bestandsaufnahme, da bislang der Beitrag der osteuropäischen Länder zur Solidarischen Ökonomie noch wenig gewürdigt worden ist. Es geht dabei auch um die Frage, ob und in welcher Form Erfahrungen mit dem Sozialismus aufgearbeitet oder nur verdrängt und verteufelt werden. Kann Solidarische Ökonomie als alternatives Kon-

zept weiterentwickelt werden und gesellschaftliche Akzeptanz finden? Der Workshop ist daher auch ein Versuch, die gesamteuropäische Debatte der Solidarischen Ökonomie auf eine breitere Grundlage zu stellen.

b) Praktische Beispiele bzw. Beginn der Bestandsaufnahme

Justyna Kliombka-Jarzyna (Internationale Frauenstiftung, Universität Lodz) stellte verschiedene Projekte vor, die von der Internationalen Frauenstiftung unterstützt werden und die die von Irma Traud Schlosser erwähnte Ambivalenz plastisch illustrierten. Da ist zunächst das Projekt „Wir werden selbständig“, für das die Internationale Frauenstiftung Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und staatliche Ko-Finanzierungen erhielt. Das am 1. November 2006 gestartete Projekt hat 25 sozial ausgegrenzten, langzeitarbeitslosen Frauen zu einer neuen gesellschaftlichen Existenz und wachsenden Einkommen verholfen. Es zielte auf die komplexe soziale Integration der Frauen, von der Therapie und vom Training bzw. von der Wiederaneignung von Basiskompetenzen über die Aus- und Weiterbildung bis zur Begleitung und Beratung von Gründung und Anlauf einer Existenz. Es lief bis zum 15. Mai dieses Jahres.

Da ist ferner das Projekt „Lerne, mit dem Computer zu arbeiten und lerne, kommerziell zu handeln“, das vom 1.9.2005 bis zum 30.12.2006 120 arbeitslosen Frauen Fähigkeiten vermittelte, um in Firmen Außenhandelstätigkeiten ausführen zu können. Und da ist das Projekt „Für einen besseren Start“, das 240 erwerbslosen Frauen bürotechnische und kommerzielle Grundkenntnisse vermittelte.

Die Internationale Frauenstiftung wurde 1992 gegründet, um arbeitslosen Frauen in der Region Unterstützung zu geben. Ihre Partner/innen sind: Die Universität Lodz, Textilimpex AG, BDB AGOS, Die Meritenhilfe und Beratung, andere Stiftungen und soziale Projekte, die Frauenweltbank, die Weltbank, Bildungseinrichtungen, NGO in der Schweiz, in der Ukraine und in Frankreich, Verwaltungen.

Ihre Funktionen sind: Die Förderung von Frauen-Unternehmertum, die Mehrung der Chancen für Frauen, die Schaffung von Frauenarbeitsplätzen, Hilfen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im familiären Leben.

Ihre aktuellen Aktivitäten sind: das Projekt „Hoffnung für die Arbeitslose“, das Bildungsprogramm „Meine kleine Firma“ zur Qualifizierung von Existenzgründerinnen, verschiedene Beratungen, Caritas-Dienste, Verlagstätigkeiten.

Die Stiftung will die bisherige geschlechtshierarchische Arbeitsteilung nicht hinnehmen: Obwohl 58,3% der polnischen Frauen über einen Hoch- oder Fachschulabschluss verfügen (bei den Männern sind es nur 39,8%), bekleiden Frauen nur 20% der Leitungsfunktionen und erhalten bei gleicher Qualifikation 25-30% geringere Löhne als ihre männlichen Kollegen. Im Sejm entfallen 20% der Sitze auf Frauen und in den örtlichen Verwaltungen nur 15%.

Die Stiftung hat auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur (Mensa, Büros) geschaffen, Dienstleitungen für sozial Schwache (second hand, Aufarbeitung und Umarbeitung von Möbeln) organisiert und kommerziell arbeitende Unternehmungen (insbesondere im Dienstleistungsbereich) gegründet.

Dr. Wolfgang Allert (Mitteldeutscher Genossenschaftsverband) überraschte die ausländischen Gäste mit Zahlen und Fakten zu Genossenschaften in Deutschland und

Ostdeutschland. Sie hatten trotz des großen genossenschaftlichen Sektors in der DDR keinesfalls eine solche Höhe erwartet.

Mehr als 20 Millionen Bundesbürger/innen sind Genossenschaftsmitglieder. Hinter der Genossenschaftsstatistik verbergen sich etwa 1.500 Genossenschaftsbanken mit 15 Mio. Mitgliedern, 3.800 Ländliche Genossenschaften mit 2,5 Mio. Mitgliedern, 1.270 Gewerbliche Genossenschaften mit 250 Tsd. Mitgliedern, 55 Konsumgenossenschaften mit 820 Tsd. Mitgliedern und 1.990 Wohnungsgenossenschaften mit 3,8 Mio. Mitgliedern. Diese bewirtschaften ca. 2,2 Mio. Wohnungen, in denen ca. 5 Millionen Menschen wohnen. Von 2000-2006 gab es in Deutschland ca. 430 Neugründungen in traditionellen und neuen Geschäftsbereichen.

Insgesamt tummeln sich in Ostdeutschland 23 Prüfverbände. Sie arbeiten mit 2.700 Genossenschaften. Darunter sind 1.100 Agrargenossenschaften und 88 Kreditgenossenschaften. Der „Rest“ sind im Wesentlichen Wohnungsgenossenschaften. Die Zahlen begründen eine Schwerpunktsetzung auf Agrargenossenschaften. Sie zählen 24.000 Mitarbeiter/innen und 1.400 Lehrlinge.

Das heißt, dass gerade in ländlichen Räumen die Genossenschaft im Alltag der Menschen nach wie vor eine bedeutsame Rolle spielt.

Der MGV ist der einzige länder- und spartenübergreifende genossenschaftliche Prüfungs- und Beratungsverband ohne Kreditgenossenschaften (als Erstmitglieder) und mit Sitz in den neuen Bundesländern.

Seine satzungsmäßigen Hauptaufgaben sind: Prüfung, Beratung, Betreuung, Bildung und Interessenvertretung.

Die Gewerblichen Genossenschaften im MGV im Überblick:

Anzahl der Mitgliedsbetriebe 164

davon:

Produktivgenossenschaften in Handwerk und Gewerbe 75

Einkaufs- und Liefergenossenschaften 52

Dienstleistungs- und Wassergenossenschaften 37

Einzelmitglieder 8.975

Mitarbeiter 3.220

Lehrlinge 310

Gesamtleistung in Mio. Euro 243

Im MGV sind 653 genossenschaftliche Unternehmen organisiert (Stand: 31. Dezember 2006).

Darunter sind

324 Agrargenossenschaften

33 Raiffeisen Handels- und ländliche Dienstleistungsgenossenschaften

164 Gewerbliche Genossenschaften

17 Konsum- und Verlagsgenossenschaften

2 Zentralen

24 Kreditgenossenschaften

1 Wohnungsgenossenschaft

88 Tochterunternehmen und sonstige

Darunter sind 26 Friseurgenossenschaften mit ihren knapp 1.250 Mitgliedern und Beschäftigten. Sie betreiben ca. 290 Salons und bildeten 2006 insgesamt 120 Lehrlinge aus. Die Entwicklung seiner 12 *Bauproduktivgenossenschaften* ist durch ein kompliziertes Umfeld mit Wettbewerbs- und Preisdruck sowie mit schwankenden Umsätzen geprägt. Zu den 23 Sonstigen Produktivgenossenschaften gehören Unternehmen wie die Rundfunk-Fernsehen eG Glauchau, die Auer Werkstuben eG oder die Energie Bautzen eG.

Die 52 Einkaufs- und Liefergenossenschaften erzielten 2006 alle höhere Umsätze als im Vorjahr. Bei den 13 *ELG des Bau- und Baunebenhandwerks* stieg der Umsatz 2006 gegenüber dem Vorjahr um bis zu 12 %. Die Sparte zählt 140 Mitarbeiter/innen und 10 Lehrlinge. Auch die 7 *ELG des metallverarbeitenden Handwerks* mit 118 Mitarbeitern und 9 Lehrlingen erzielten Umsatzzuwächse. Das trifft auch auf die 7 *ELG des holzverarbeitenden Handwerks* und die 6 *ELG des Fleischerhandwerks* zu. Zur Fachvereinigung gehören zudem 3 ELG aus der Kfz-Branche.

Die 10 Absatzgenossenschaften mit der DREGENO Seiffen eG, der BÜMAG Bürsten eG, der Medizintechnik Ortrand eG, der MIGMA eG sowie der Sitzmöbelhandwerk Oel-sa eG blicken auf eine differenzierte Entwicklung 2006 zurück. Auch die 37 Genossenschaften der anderen, recht unterschiedlichen Branchen wie die Taxigenossenschaften, die BUSO Bund Solardach eG oder Wassergenossenschaften haben in ihren Regionen großes Ansehen.

In Ostdeutschland gab es in den letzten Jahren innovative Neugründungen, die vielfach Antwort auf Privatisierungsbestrebungen sozialer Leistungen und kommunaler Infrastruktur waren. Es mehren sich jedoch auch die Beispiele, da traditionelle Genossenschaften neue Felder erschließen. Das betrifft insbesondere Wohnungs- und Agrarge-nossenschaften, die neue Lösungen auf dem Gebiet von Energie und Wärme oder auch in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung suchen.

Insgesamt sind in Ostdeutschland die Veränderungen des Genossenschaftsgesetzes begrüßt worden, wenngleich nicht alles als unproblematisch anzusehen wäre.

Roxana Mirciu (Stiftung PACT) meinte, dass im Unterschied zu Ostdeutschland die Solidarische Ökonomie noch nicht in Rumänien angekommen ist. Allerdings haben sich in den Jahren 1989-2005 zivilgesellschaftliche Entwicklungen vollzogen und insbesondere seit dem vergangenen Jahr gibt es eine Belebung im Bereich der sozialen Ökonomie. Das betrifft insbesondere wirtschaftliche Tätigkeiten von NGO, um Personal zu entwickeln und zu stabilisieren, zum Umweltschutz und zu lokaler Entwicklung beizutragen. Dem dient insbesondere das NESst-Programm, das 30 größere NGO erfasst. Die Stiftung PACT ist ein kommunal gestütztes soziales Unternehmen, das die Entwicklung kommunaler Unternehmen unterstützt. Sie verdankt ihre Entstehung und Entwicklung folgenden Akteuren: Allavida (Großbritannien), Charles Stuart Mott Foundation (USA), Trust for Civil Society in Central and Eastern Europe (USA), USAID through World Learning (USA), The Balkan Trust for Democracy (USA), Provident Financial Romania und 30 individuellen Sponsoren in Rumänien und im Ausland. Ihre Hauptpartner sind: Allavida (Großbritannien), Association for Community, Relations (Rumänien), Workshop for Civic Initiatives Foundation (Bulgaria), Think Tank Pour la Solidarite (Belgien), The

Princess Margarita of Romania Foundation (Rumänien),
Resource Centre for Public Participation (Rumänien).

Die aktuelle Tätigkeit von PACT betrifft insbesondere die Ausbildung und Beratung von Menschen, die das Leben in der Kommune normalisieren und sich alte Handwerkstechniken wieder neu aneignen wollen. Dabei werden auch kollektive Arbeitsformen neu entdeckt. Für deren Belegung oder Neuentwicklung sind Mikrokredite wichtig, die in den letzten Jahren dank ausländischer Akteure zunehmend Verbreitung erfahren haben. Auch NGO wurden zu Akteuren der Mikrofinanzierung. Gleichzeitig sind sie Subjekte der Corporate Social Responsibility, das jedoch eher in Form von Sponsoring und Philanthropie daher kommt.

NGO, die wirtschaftliche Tätigkeit betreiben, brauchen erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe Steuern zu zahlen.

2) 19.10.2007, 14.30-16.30 Workshop „Strategien gegen soziale Ausgrenzung, für soziale Integration“

Judith Dellheim (Veranstalterin, RLS) thematisierte zu Beginn die ambivalente Rolle der EU, die zum einen mit ihrer neoliberalen Politik soziale Ausgrenzung produziert und zum anderen viel dafür getan hat, dass die in den neuen EU-Mitgliedsländern ideologisch diffamierten genossenschaftlichen Formen als Akteure zur Milderung und Lösung dringender sozialer Probleme legitimiert wurden. Sie verwies zum anderen auf die Gefahr, dass die Selbsthilfe von Betroffenen zur Rechtfertigung und Fortsetzung neoliberaler Politik gebraucht werden kann. Ferner erklärte sie, dass einzig neue politische Allianzen für die Demokratisierung der Gesellschaft wirksam gegen diese Gefahr vorgehen und die Gesellschaft zunehmend sozial und solidarisch gestalten können.

Ulrich Krämer (Trainer, Coach, Unternehmensberater, Mitglied im Erwerbslosenbeirat von Mecklenburg-Vorpommern) sprach zunächst über die Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern und über die konkreten Ausmaße von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung in Mecklenburg-Vorpommern. Als positives Beispiel zur Auseinandersetzung mit diesen Problemen stellte Ulrich Krämer das Genossenschaftsprojekt des Landes Mecklenburg-Vorpommern vor. Es wurde am 10. Oktober 2005 im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms (ASP) im nördlichen Bundesland gestartet. 24 Monate waren für die Gründung und Begleitung von Genossenschaften konzipiert.

Seine Umsetzung erfolgte in vier Schritten:

- 1) Propagierung des Genossenschaftsgedankens,
- 2) Ausloten von potenziellen Betätigungsfeldern für die Gründung von Sozialgenossenschaften und Auswahl geeigneter Personen,
- 3) Begleitung und Unterstützung potenzieller Gründer/innen auf dem Weg zur Gründung und während ihrer ersten Schritte als Genossenschafter/innen,
- 4) Monitoring, Benchmarking, Auswertung von Erfahrungen.

Folgende Zielgruppen wurden angesprochen: Firmen und Unternehmungen, Selbständige, Ich-AGs, Kommunen und Verwaltungen, Vereine und Verbände mit Interesse an

der Genossenschaftsidee, Arbeitsuchende und Erwerbslose, interessierte Bürger/innen, die ihre berufliche Zukunft mit Genossenschaften verbinden möchten.

Im Ergebnis der Kommunikation und Kooperation wurden gegründet: Eine Seniorengenossenschaft zur Sanierung und späteren gemeinsamen Nutzung eines Gutshauses, eine Sozialgenossenschaft für haushaltsnahe Dienstleistungen im ländlichen Raum, eine Beratungsgenossenschaft zur Unterstützung eingetragener Genossenschaften und Kooperativen, eine Künstlergenossenschaft zum Betrieb eines Kunst- und Kulturzentrums mit Galerie und Café. Ferner wurden verschiedene Genossenschaftsinitiativen gestartet: Ausgründung aus einem Verein mit dem Schwerpunkt Urlaubs- und Unterkunftsvermittlung, Überführung von Teilen eines LOS-Projektes in eine Selbsthilfegenossenschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen, eine Absatz- und Vermarktungsgenossenschaft für Erzeuger und Hotel- und Gaststättenbetriebe, Ausbau eines Kompetenzzentrums für die Sanierung von Gutshäusern, eine Regionalvermarktungsgenossenschaft, eine Seniorenwohngenossenschaft zum Betrieb einer Pflegeeinrichtung mit betreutem Wohnen, eine Entwicklungs- und Produktionsgenossenschaft im Bereich Zucker, eine Genossenschaft zur Stabilisierung von Existenzgründern, ein neues Nutzungskonzept für einen teilweise noch genutzten Bahnhof, die Bildung einer genossenschaftlich organisierten Lauf- und Rückenschule. Die Medien und die Öffentlichkeit verfolgten/verfolgen mit großer Aufgeschlossenheit die Fortschritte. Dabei zeigt sich nach dem Regierungswechsel die Sorge über die Zukunft des ASP.

Ewa Hinc (**Frauenverband und Organisation zur Verteidigung der Rechte von Arbeitslosen in Miastko**) war sehr beeindruckt von dem Beitrag aus Mecklenburg-Vorpommern. Ihr Wohnort Miastko ist ein Zentrum zivilgesellschaftlicher und genossenschaftlicher Aktivitäten in Polen, was auch das EU-europäische und internationale Interesse erklärt. Miastko ist ein sozialer Brennpunkt, in dem ein Zentrum für freiwillige ehrenamtliche Arbeit existiert und wo die solidarische Auseinandersetzung vieler Bürger/innen mit Armut zum „Regionalolorit“ gehört. Das Zentrum wurde 1993 gegründet und sieht sich in der Tradition von sozial engagierten uneigennützigem Personen wie Janusz Korczak. Es ist das erste seiner Art in Polen und erfreut sich insbesondere des regen ehrenamtlichen Engagements von Beschäftigten im Bildungsbereich. Das erklärt auch die hohen sozialen Aktivitäten von Schülerinnen und Schülern. Seit 1995 wurden in Polen elf weitere derartiger Zentren geschaffen. Sie bilden ein Netz und suchen insbesondere seit 1999 die Kommunikation und Kooperation mit anderen Akteuren in verschiedenen ost- und mitteleuropäischen Ländern. Das Zentrum ist Kontakt- und Anlaufstelle für interessierte Personen und hilft ihnen, sich entsprechend ihrer individuellen Interessen sozial zu engagieren.

Es unterstützt Betroffenen- und Selbsthilfeinitiativen. Die Hilfe für Arbeitslose und Arme und insbesondere für Frauen und Kinder ist dabei von vorrangigem Schwerpunkt. Denn regelmäßige Mahlzeiten und der tägliche Schulbesuch sind angesichts der sozialen und verkehrspolitischen Probleme keineswegs Normalität.

Das Zentrum und die Initiativen helfen, diese Probleme zu meistern, ebenso individuelle Unterstützung zu geben, insbesondere jenen Frauen, die Opfer von Verzweiflung und alkoholisierter Aggression sind.

Die Kooperation mit Genossenschaften im Agrar- und Nahrungsmittelbereich sowie mit anderen Firmen gestattet es, Mahlzeiten für Bedürftige zu organisieren.

Man kann sagen, dass der gesamte Sozial- und Kulturbereich in Miastko nur dank engagierter ehrenamtlicher Arbeit funktioniert. Zwar gibt es hin und wieder mehr oder weniger öffentliche Fördermittel, aber auch nur, weil es das hohe ehrenamtliche Engagement gibt. Dies hat z. B. zur Folge, dass viele Kinder in armen und problembeladenen Familien ihren Alltag in kollektiven Einrichtungen verbringen und ohne diese im wahren Sinne des Wortes existenzielle Not leiden müssten.

Aber auch trotz des hohen ehrenamtlichen Engagements und öffentlicher Fördermittel gibt es für die meisten keine reale Chance, einen Weg aus der Armut gehen zu können. Auch scheitern viele Ideen für sozial und kulturell nützliche Projekte an Kapazitäten und Ressourcen. Das trifft selbst dann zu, wenn man seitens der Verwaltung Räume bekommt.

Selbsthilfe allein, insbesondere von Arbeitslosen, hat ihre Grenzen, weshalb sich Eva Hincas Kolleginnen und Kollegen auch um Teilhabe an politischen Entscheidungen, insbesondere in der Kommune und in der Region, bemühen. Doch auch die Kommune und Region haben nur sehr begrenzte Handlungsmöglichkeiten.

3) 19.10. 14.30-16.30 Workshop „Genossenschaftliche Unternehmen und Prinzipien in der Landwirtschaft“

Mihai Lungu (Leiter einer neuen Agrargenossenschaft bei Bukarest) sagte, dass es vor dem 2. Weltkrieg in Rumänien keine bedeutsame genossenschaftliche Tradition gab. Mit der Machtübernahme durch die Kommunisten wurden die Bauern vielfach genötigt, in Genossenschaften zu wirtschaften. Der genossenschaftliche Sektor wurde typisch und Struktur bildend für die rumänische Landwirtschaft. Ihre Arbeitskräfte, zumeist Eigentümer und Genossenschaftsmitglieder, erhielten ein nur geringes monatliches Einkommen. Es betrug etwa 25-30% vom Einkommen der Fabrikarbeiter/innen. Die Diskrepanz wurde durch den Erhalt von Naturalien etwas gemindert.

Seit 1990 teilten die Genossenschaftsmitglieder ihre Anteile und das genossenschaftliche Vermögen auf, so dass die Tierzucht ökonomisch unmöglich wurde. Die Genossenschaften wurden als Revanche am Sozialismus zerstört. Was nicht aufgeteilt werden konnte (Gebäude), verrottete. Hinzu kamen der Bankrott der einzigen Genossenschaftsbank (Bankkoop) infolge von Missmanagement und die Diskreditierung der Genossenschaftsidee.

Unter diesen Bedingungen war es geradezu unmöglich, Genossenschaften zu gründen. Aber das Gesetz 455 vom Dezember 2004 bewertete und definierte Genossenschaften neu, was einen Neustart begünstigte.

Lungus Cooperative Agricola Muntenia wurde 2005 durch sieben Personen gegründet und zählt heute 320 Genossenschaftsmitglieder. Ihr Grundprinzip ist, dass jede/r eine Schweinemast errichtet und dass gemeinsam in die Reproduktion und Verarbeitung investiert wird. Heute ist die Cooperative Agricola Muntenia die größte rumänische Genossenschaft und viele Menschen wollen ihr folgen. 10 Nachfolger gibt es schon. Aber das Landwirtschaftsministerium hatte den heutigen Genossenschaftsmitgliedern noch 2005 geraten, eine Kapitalgesellschaft zu gründen.

Die Genossenschaft stellt ihren Mitgliedern zur Verfügung: Projektierungsleistungen, Know How, Materialien gegen Entgelt, Hilfe beim Aufkauf und bei Kreditbürgschaften. Die neuen Genossenschaften spielen bereits eine wichtige Rolle für die Veränderung der rumänischen Gesellschaft, denn es gilt in der Schweinefleischproduktion als normal, das Einkommen wie folgt aufzuteilen: 8% für die Bauern, 25% für die Verarbeiter, 27-

30% für den Großhandel, 10% für den Transport und 30% für den Einzelhandel. Genossenschaften können und müssen das ändern, wenn der Lebensstandard der Gesellschaft wachsen soll statt dass Privatunternehmen einer kleinen Personengruppe hohe Profite und Einkommen bescheren. Die neuen Genossenschaften liefern dafür Beispiele. So hat die Cooperative Agricola Muntenia ein Schlachthaus errichtet und verarbeitet selber. Dadurch verbleiben ihr 40% des Umsatzes. Die Finanzierung des Schlachthauses erfolgte zu 10 % durch die Mitglieder, zu 40 % durch Bankkredite und zu 50 % durch EU-Mittel.

Dr. Gerald Thalheim (Berater für Agrarpolitik) erinnerte daran, dass die Agrargenossenschaften aus Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) hervorgegangen sind, die in der DDR im Rahmen der Kollektivierung nach sowjetischem Vorbild in den Jahren 1952 bis 1960 gegründet wurden. Nach politischen Vorgaben bildeten sich aus den LPG Großbetriebe heraus, die im Durchschnitt mehrere tausend Hektar bewirtschafteten und auf Tier- oder Pflanzenproduktion spezialisiert waren. Die Tierhaltung wurde überwiegend in so genannten „industriemäßigen Anlagen“ betrieben, die bis zu mehreren tausend Stallplätzen umfassten und eine Vielzahl von Beschäftigten hatten. Im Jahre 1990 bestimmten flächenstarke Ackerbaubetriebe und große Tierhaltungsanlagen die Struktur der ostdeutschen Landwirtschaft. Nach der Wiedervereinigung wurde sehr schnell die Zusammenführung von Tier- und Pflanzenproduktion und häufig auch die Verkleinerung bzw. Teilung der Betriebe vorgenommen. Aber es war nicht möglich, die großen Tierhaltungsanlagen zu teilen oder losgelöst von einem flächenstarken Landwirtschaftsbetrieb mit Erfolg weiter zu bewirtschaften.

Daher hat der Gesetzgeber entschieden, die LPG nicht einfach abzuwickeln, sondern einen Weg zur Umstrukturierung der LPG in Unternehmen des bürgerlichen Rechts vorgeschrieben. Grundlage dafür war das Landwirtschaftsanpassungsgesetz der frei gewählten Volkskammer, das vom Bundestag 1991 novelliert wurde. Die Herausbildung landwirtschaftlicher Großbetriebe in der Rechtsform eingetragener Genossenschaften entsprach also dezidiert politischem Willen, wobei die Überleitung von ehemaligen LPGs in Kapitalgesellschaften überhaupt erst mit der 1. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes möglich wurde. Schließlich erfolgte die Einbeziehung der Großbetriebe in das Förderinstrumentarium der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und in die nationale Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, einschließlich der Investitionsförderung.

Die mit dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz geschaffene Möglichkeit, die LPG durch freie Entscheidung ihrer Mitglieder in Agrargenossenschaften und andere Rechtsformen umzuwandeln, ist umfangreicher genutzt worden als ursprünglich angenommen. Entscheidendes Motiv war der Erhalt der effektiven Strukturen, der gleichbedeutend mit dem Erhalt der Arbeitsplätze war, aber auch die Tatsache, dass sich ungeachtet der Deformationen zu DDR-Zeiten das genossenschaftliche Prinzip gerade in der Landwirtschaft stets als nutzbringend erwiesen hat.

Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche in den neuen Ländern wird von juristischen Personen bewirtschaftet. Den rund 1.500 Agrargenossenschaften kommt dabei mit einer durchschnittlichen Betriebsfläche von 1.623 ha die größte Bedeutung zu. Die Agrargenossenschaften sind mit durchschnittlich 50 Mitgliedern durch eine große Zahl von Eigentümern gekennzeichnet, bei denen es sich häufig um die Kinder und Enkel der vor der Zwangskollektivierung selbständigen Landwirte handelt. Damit befinden sich die

Agrargenossenschaften im Besitz der Landwirt-Familien und werden von ihnen gemeinschaftlich bewirtschaftet.

Dr. Wolfgang Jahn (AG Agrarwirtschaft und ländlicher Raum der Linken.) verwies darauf, dass die Agrargenossenschaft in den neuen Bundesländern die Betriebsform mit der größten Flächenausstattung und dem größten Flächenanteil ist. Besonders hoch ist er mit 37% in Thüringen. Auch Sachsen und Sachsen-Anhalt liegen mit 32% über den Durchschnitt von 27,2%. 99,5% der über 1,5 Mio. ha. landwirtschaftlicher Nutzfläche, die in Deutschland genossenschaftlich bewirtschaftet werden, liegen in Ostdeutschland. In nicht wenigen Dörfern und Regionen ist die Agrargenossenschaft auch heute noch oder wieder das produktive und soziale Zentrum.

Im Vergleich zu den Betrieben des früheren Bundesgebietes sind in den neuen Bundesländern der Arbeitsaufwand ebenso wie der Unternehmensaufwand insgesamt je Flächeneinheit erheblich niedriger. Trotz etwas geringerer Flächenerträge liegen die Arbeitsproduktivität und die Gewinne je Erwerbstätigen in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland. Dieser Produktivitätsvorsprung, der bereits kurz nach der Wende festgestellt wurde, dauert bis heute an. Diese insgesamt gute Wettbewerbsposition verdankt die ostdeutsche Landwirtschaft in erster Linie dem Umstand, dass die Erfahrungen in der großbetrieblichen Produktion nicht unüberlegt über Bord geworfen worden.

4) 19.10., 17.00-19.00 Workshop „Auch Russland ist Europa und ‚Aktivist‘ kommt aus dem Russischen“

Alexandra Krylowa (Sozialwissenschaftlerin in Moskau) arbeitet sowohl als Filmemacherin als auch wissenschaftlich zur Arbeiterselbstverwaltung in Russland. Ihr Film ist eine nicht-kommerzielle Produktion aus dem Umkreis der Fabrikbesetzer/inner in russischer Sprache, der von der Referentin in Deutsch erklärt und kommentiert wurde.

Zur Einführung stellte die Rednerin die wirtschaftliche und politische Situation Russlands Ende der 90er Jahre dar. Im Zentrum standen Strukturanpassungsreformen des IWF und der Weltbank, die die russische Regierung durchführte, also die Privatisierung staatlicher Betriebe. In dieser Zeit ging die Industrieproduktion rapide zurück, viele Fabriken wurden systematisch abgewickelt; Löhne wurden monatelang nicht ausgezahlt.

Ausgangspunkt der im Film reflektierten Handlung ist die geplante Kürzung der Arbeitsplätze in der Fabrik für Papier und Zellulose (und in zwei weiteren Betrieben) in der Region Vyborg. Seit mehreren Monaten hatten die Beschäftigten dieser Fabrik keinen Lohn erhalten. Die Fabrik wurde 1994 von einer US-amerikanischen Firma privatisiert und stand schon 1996 vor einer Pleite. Das Geld wurde durch Manipulationen in eine andere Firma gepumpt. Die Produktion wurde eingestellt, die Löhne nicht gezahlt. Danach beschloss der Gläubigerrat, die Fabrik an die Firma „Nimonor“ zu verkaufen, wobei der neue Direktor auch der alte Direktor war, also für den Ruin der Fabrik mitverantwortlich. Die Beschäftigten bewachten die Maschinen, da sie befürchteten, dass diese vom neuen Eigentümer aus den Fabrikhallen abtransportiert werden könnten und ihre Existenzgrundlage dadurch völlig zerstört würde.

Auf einer Arbeitervollversammlung wählten die Arbeiter/innen ein Streikkomitee (später Gewerkschaft), das an die staatlichen Behörden appellierte, eine Prüfungskommission

einzusetzen. Die Gewerkschaft schaltete sich in der Frage der Eigentümerschaft ein und organisierte eine Konferenz, auf der Lösungsmöglichkeiten gesucht wurden. Es wurde zugesagt, die Gründe und Motive der Privatisierung der ehemaligen staatlichen Fabrik offen zu legen. Aber in den Hauptfragen nach der Kompensation der Lohnrückstände und nach der Selbstorganisation der Fabrik konnten die Beschäftigten keine befriedigenden Antworten erhalten.

Eine von der Gebietsduma eingesetzte Prüfungskommission legte die Manipulationen offen, durch die die Firma in den Bankrott getrieben wurde. Die Gemeindevertreter hatten die Privatisierung der Fabrik zusammen mit der neuen russischen Wirtschaftselite in die Wege geleitet. Der Privatisierungsplan stammte von einem Vertreter des Bürgermeisters. Als Investor wurde eine Firma in Zypern mit Hauptsitz auf den Bahamas bzw. in Hongkong identifiziert. Laut Kaufvertrag hatte sich der neue Eigentümer verpflichtet, die alte Produktionslinie sowie auch alle Arbeitsplätze zu übernehmen.

Der neue Investor wollte jedoch allen Beschäftigten kündigen und nur jene einstellen, die seine Bedingungen akzeptieren. Die Arbeiter/innen wählten ihren eigenen Direktor und stellten ihren eigenen Wirtschaftsplan auf. Mittels Blockade einer internationalen Autobahn erzeugten die Arbeiter/innen einen solchen Druck, dass die Fabrik als Genossenschaft registriert wurde. Sie konnten nun mit der selbstorganisierten Produktion beginnen.

Obwohl die Kooperative erfolgreich wirtschaftete, wurde die Fabrik von den Behörden an einen anderen Eigentümer verkauft, der sein Recht auf die Fabrik mit Gewalt durchsetzen wollte. Es kam zum Sturm auf die Fabrik, wobei staatliche und private Polizeikräfte gemeinsam auftraten. Es wurde in die Menge und auch gezielt auf einzelne Arbeiter/innen geschossen. Einige Beschäftigte wurden als Geisel genommen und später als Angeklagte vor Gericht gestellt. Die Kooperative überstand diesen Sturm, produzierte einige Zeit weiter, wurde aber zunehmend boykottiert: das Firmenkonto wurde gesperrt, die Bahnverbindung unterbrochen. Schließlich mussten die Arbeiter/innen ihre Kooperative aufgeben.

5) 20.10., 9.00-11.00 Workshop „Wohnen und soziales Umfeld“

Rainer Richter (Geschäftsführer des Verbandes sächsischer Wohnungsgenossenschaften) stellte eine Genossenschaft vor, der ca. 1200 Wohnungen gehören und die zu den mittelgroßen Genossenschaften zählt. Vermietet wird sowohl an Mitglieder als auch an Nicht-Mitglieder der Genossenschaft. Wie die meisten Wohnungsgenossenschaften in Ostdeutschland muss sich auch seine Genossenschaft mit zwei Problemen auseinandersetzen: mit dem Leerstand und mit der Überalterung der Bewohner/innen. Beiden Problemen kann nur mit Strategien pro soziale Kohäsion begegnet werden.

Was also können Genossenschaften im Wohnungssektor tun, um die sozialen Bindungen in Wohnquartieren zu stärken?

Sie können organisieren:

- Stadtteilstiftungen, an denen auch Bewohner/innen anderer Stadtquartiere teilhaben können
- Unterstützung von Vereinen und Einrichtungen der Gemeinde bei deren sozialen und kulturellen Aktivitäten
- die gemeinsame Entwicklung eines Konzepts für eine Bürger/innen-

- Begegnungsstätte mit einem sozialen Träger und die gemeinsame Durchführung verschiedener Aktivitäten
- Bereitstellung eines Angebots an wohnungsnahen und an den Bedürfnissen der Bewohner/innen orientierten Dienstleistungen
- praktizierte Mitbestimmung der Genossenschaftsmitglieder, die so auch eigene Vorschläge durchsetzen können
- Vergabe von Aufgaben zur Grünpflege vornehmlich an Arbeitslose.

Es werden nunmehr insbesondere Möglichkeiten erörtert, wie die aktuelle Gefahr der „Ghettoisierung“ gebannt und eine Durchmischung armer und reicherer Bevölkerungsgruppen in den Wohnquartieren hergestellt werden könnten.

Zum Verband sächsischer Wohnungsgenossenschaften gehören 241 sächsische Wohnungsgenossenschaften, 4 Gesellschaften und 12 Gastmitglieder. Wohnungsgenossenschaften sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Sachsen. Die Mitglieder verwalten fast 300.000 Wohnungen. Sie bewirtschaften ca. 24 Prozent der bewohnten Mietwohnungen. Rund 590.000 Menschen wohnen im Freistaat in einer Genossenschaftswohnung. Die sächsischen Wohnungsgenossenschaften erzielten 2006 mit Mieterlösen und Verwaltungsentgelten einen Umsatz von 1,1 Milliarden Euro.

Der VSWG hat seinen Sitz im Verbandshaus in Dresden und beschäftigt zur Zeit 35 Mitarbeiter/innen. Der VSWG ist gesetzlicher Prüfungsverband sowie Fach- und Interessenverband für Wohnungsgenossenschaften. Zu seinen Aufgaben zählen u. a. Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung und die Vertretung seiner Mitglieder in der Öffentlichkeit.

Elke Koch (Geschäftsführerin der Stadtteilgenossenschaft „Sonnenberg“) erklärte das Ziel ihrer Genossenschaft mit der Förderung der Lebensbedingungen aller Bewohner/innen im Stadtteil, also der Mieter/innen, Gewerbetreibenden, Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund (insbesondere Spätaussiedler/innen aus Russland). Die größten Probleme im Stadtteil sind der hohe Altersdurchschnitt der Bewohner/innen, der hohe Wohnungsleerstand, der teilweise Abriss von Häusern.

2005 wurde die Genossenschaft gegründet und während ihrer Gründungsphase von „Innova“, einer Entwicklungsagentur für Selbsthilfegenossenschaften, begleitet und unterstützt. Sie verfügt heute über eine Vollzeit bezahlte Stelle, die von der Stadt finanziert wird. Alle anderen Mitarbeiter/innen (ca. 6-10 Menschen) leisten Tätigkeiten verschiedenster Art unentgeltlich oder in Stunden weiser Bezahlung / geringfügiger Beschäftigung.

Die Stadtteilgenossenschaft hat zwei Geschäftsfelder aufgebaut: wohnungsnahen Dienstleistungen und einen Bürgerservice zur Verstetigung/Institutionalisierung einer öffentlichen Diskussion zur Quartiersentwicklung und Wohnumfeldverbesserung. Die Mitarbeiter/innen verstehen ihre Aufgabe (Entwicklung von Angeboten für Kinder, Jugendliche, Alleinerziehende, SeniorInnen) als wirtschaftliche Tätigkeit, auch wenn sie sozialen Zwecken dient. Die Genossenschaft erwirtschaftet durch ihre Tätigkeit Gelder, die vorerst nur ausreichen, um die Genossenschaft als solche arbeitsfähig zu halten. Das

Fernziel ist jedoch, die Einnahmen so zu steigern, dass mehrere Vollzeit Arbeitsplätze entstehen können.

Die Stadteilgenossenschaft sieht sich nicht in Konkurrenz zu den sozialen Diensten/zur Sozialarbeit der Stadt. Sie versteht sich vielmehr als Initiatorin, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, um eine engere Verbindung zwischen den Bürger/innen und der Gemeindeverwaltung herzustellen und dadurch die Handlungskompetenz der Gemeindeverwaltung zu stärken.

6. 20.10., 9.00 – 11.00 Workshop „Lokale Probleme (lokale Entwicklung, Abfall, Wasser)“

Judith Dellheim (Veranstalterin, RLS) knüpfte an ihre Ausführungen zu Ambivalenzen insbesondere genossenschaftlicher Entwicklungen vom Vortag an und unterstützte Strategien gegen die Privatisierung kommunaler Leistungen und Infrastrukturen in Form von Kapitalgesellschaften. Allerdings erklärte sie auch, dass eine Privatisierung in Form von Genossenschaften nicht per se zu unterstützen sei. Zum einen würde dem Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung nachgegeben, zum zweiten gibt es keine automatische Garantie für den dauerhaften Bestand der Genossenschaft und zum dritten ist nicht „für immer und ewig“ die Teilhabe von Armen und sozial Ausgegrenzten an den einst öffentlichen Leistungen gewährleistet.

Ina Vogt (Rechtsanwältin des MGV) schilderte zunächst die aktuellen Probleme ostdeutscher Städte mit unattraktiven Stadtteilen und von ländlichen Räumen: demografische Schrumpfungsprozesse, schwindende zahlungsfähige Nachfrage, wachsende Fachkräftelücke, Versorgungsschwierigkeiten bei Leistungen, Leerstand, ungenutzte Infrastruktur, Überkapazitäten. Die Folgen machen es den Kommunen nicht leichter, die kommunale Selbstverwaltung (Art. 28, Absatz GG) zu realisieren. Nur wenige Kommunalverfassungen enthalten die Pflicht, das Wohl der Einwohner/innen zu fördern. So oder so ist es kommunale Aufgabe, die bestehende Infrastruktur zu erhalten und zu sichern. Die Kommune hat das Recht, die Art der Bereitstellung öffentlicher Leistungen selbst zu wählen. Sie kann sich u. a. privater Dritter bedienen (weisungsgebunden) und ihre Aufgaben vollständig an private Unternehmen übertragen (weisungsfrei). Bei ihrer Entscheidungsfindung muss sie allerdings auch die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Akteure berücksichtigen. Die Art und Weise des Gangs der Globalisierung lässt vor der Privatisierung in Form von Kapitalgesellschaften warnen. Die Alternative lautet „Bürger nicht betroffen machen, sondern beteiligen“ – also die Schaffung eines Bündnisses aus Bürger/innen, Vereinen, Kommunalpolitiker/innen und örtlich ansässigen Unternehmen zum Erhalt gemeinnütziger Einrichtungen und zur Sicherung bezahlbarer Infrastruktur. Das Bündnis wäre die Genossenschaft.

Dafür gibt es durchaus praktische Beispiele wie die Abwasserentsorgung in Sachsen. 80% aller Gemeinden sind Mitglieder in regionalen Wasser-/Abwasserzweckverbänden. Sie sind damit konfrontiert, dass die EU-Gesetzgebung die Einrichtung von Kleinkläranlagen vorschreibt. Nur noch 20% der Gemeinden denken dabei an die Genossenschaft. In Sachsen und Ostthüringen gibt es verschiedene Trinkwassergenossenschaften: die Wassergenossenschaften (WG) Tepitz eG, Rachlau eG, Ober- und Mittelherwigsdorf eG, Am Förstchen eG, Burkersdorf eG, Dittelsdorf eG iG.

Ihre Mitglieder haben die Vorteile einer Genossenschaft erkannt und kennen auch die Voraussetzungen für die Gründung einer kommunalen Genossenschaft eG: 1) Einbeziehung aller kommunalen Kräfte und Bürger/innen, 2) Einverständnis der betreffenden Kommunalverwaltung und deren Rechtsaufsichtsbehörde, 3) wirtschaftliches Konzept, 4) Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung, 5) Klärung aller rechtlichen Fragen, 6) Klärung der eventuellen Förderfähigkeit der eG.

Die Grundlage ist der Vertrag zwischen eG und Gemeinde über die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang, eine Bürgerbeteiligung von ca. 75% der betroffenen Einwohner/innen über die Beteiligung an der eG, die Langfristigkeit des Vertrages, die Informationspflichten der eG gegenüber der Gemeinde.

Verhandlungen und Kooperationen mit Kommunalpolitiker/innen und erst recht ihre personelle Vertretung in der Genossenschaft wurden von Roxana Mirciu (Stiftung PACT) kritisch gesehen. Sie befürchtet den Verlust an Unabhängigkeit seitens der Genossenschaft. Das widerspricht den Prinzipien von PACT. Einige Teilnehmer/innen meinten hingegen, dass PACT viel abhängiger von anderen Akteuren sei als eine kommunale Wassergenossenschaft vom Bürgermeister. PACT schafft auf der Basis von Spenden und Fördermitteln Sozialbetriebe in sieben Kommunen. Dazu gehören Betriebe der Abfallentsorgung und -verwertung. Diese Betriebe, die besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen wie Roma in ländlichen Gebieten Unterstützung geben, sollen in die lokale und regionale Wirtschaft integriert werden. Dennoch lehnt Roxana Mirciu die Zusammenarbeit mit kommunalen Verwaltungen ab.

Katrin Rogisch (Kunst- und Gewerbe-genossenschaft eG Feinkost Leipzig) stellte zunächst das ursprüngliche Kurzkonzept für die Entwicklung des Kultur- und Gewerbehofes Feinkost vor, das die Grundideen der ehemaligen IG Feinkost vom Mai 2004 zusammenfasst. Der Name „Feinkost“ steht für den VEB Feinkost, dem Betrieb der DDR-Nahrungs- und Genussmittelindustrie, der hier seine Produktionsstätte hatte.

Das Feinkostgelände ist attraktiv als sinnlich erfahrbare Synthese aus Gewerken, Gewerbe, kulturellem und gastronomischem Angebot sowie künstlerischer Gestaltung, als ein Ort, den die Menschen gerne aufsuchen, der überrascht und über den diskutiert wird. Der Name „Feinkost“ wird inhaltlich und gestalterisch zum Programm. Mit ihm entsteht ein für die Bürger/innen bezahlbares und fruchtbares Stadtteilzentrum, in dem Individualismus gelebt wird und folgende Grundgedanken prägend sind: 1. Die Feinkost war und ist ein wichtiger Orientierungspunkt im Stadtbild – ein lokales Markenzeichen – und wird sich für den umliegenden Stadtteil in den nächsten Jahren zum kommunikativen Rückgrat entwickeln, in dem Einkaufen und Arbeiten neben Kultur und Events stehen. Daraus ergeben sich nachhaltige Impulse für die Stadtteilentwicklung. 2. Das Sanierungskonzept beinhaltet den weitest gehenden Erhalt der historischen Bausubstanz und die Revitalisierung der Kellerräume. Für den Innenausbau der Räumlichkeiten im Gewerbebereich wird von einem hohen Eigenanteil der Nutzer/innen ausgegangen. Dadurch werden Voraussetzungen geschaffen, die jungen Unternehmen und Start-Up-Projekten auf der Feinkost eine reale Chance erschließen. 3. In die Entwicklung der Feinkost war von den frühen 1990er Jahren an eine Vielzahl von Handwerker/innen und Künstler/innen involviert. Durch die Vielfältigkeit von Gestaltungselementen handwerklicher und künstlerischer Art entstanden ein Erscheinungsbild und eine Erlebnisqualität, die als Gesamtkunstwerk wahrgenommen werden. Dieser Ansatz wird weitergeführt und

dem sanierten Areal seine einmalige Ausstrahlung und touristische Anziehungskraft sichern. 4. Das gewerbliche „Feinkost-Angebot“ – angesiedelt im südlichen Bereich der Hofbebauung – ist optimal auf die Geschäftsstraße und Kulturmeile Karl-Liebnecht-Straße abgestimmt. In den fußläufig erschließbaren Bereichen wird es Handwerks- und Handelseinheiten umfassen. Ein wesentliches Anliegen ist, durch die kleinteilige Bewirtschaftung der Flächen zahlreiche Arbeitsplätze zu schaffen, ohne das bestehende Gewerbe auf der „Karli“ zu gefährden. Angestrebt werden darüber hinaus soziale Einrichtungen (Kinderbetreuung), Ateliers und eine Pension auf dem Feinkosthof. 5. Mit dem Kulturzentrum der Feinkost – angesiedelt im nördlichen Bereich der Hofbebauung – wird eine erhebliche Strahlkraft für den Stadtteil, die Stadt und weit darüber hinaus entwickelt. Durch die Bündelung der Kompetenzen dreier erfolgreicher Kulturträger (naTo, Cinémathèque und LOFFT) wird das Kulturangebot vervielfacht. Neben der Fortsetzung der bewährten Produktions- und Spielbetriebe ist vorgesehen, die Feinkost als Festivalort zu etablieren, Gemeinschafts- und internationale Kunstprojekte zu kreieren sowie die soziokulturelle Arbeit verstärkt fortzusetzen. Finanziert wird der ambitionierte Kulturbetrieb durch Veranstaltungseinnahmen, öffentliche Förderung, Sponsoring und die in das Kulturzentrum integrierte öffentliche Gastronomie des Kunst- und Gewerbehofes. 6. Durch die städtebauliche Öffnung des Hofes sowie die enge Zusammenarbeit der Kulturschaffenden und Gewerbetreibenden im Rahmen von Flohmärkten, Stadtteilstesten, der Sommerbespielung des Hofes etc. wird eine einzigartige, lebendige Einbindung der Feinkost in den Stadtteil erreicht.

Die Unternehmensform Genossenschaft wurde für den Entwicklungsträger und Betreiber des Gewerbehofes sehr bewusst gewählt. Sie schafft den architektonisch-gestalterischen Rahmen unter Einbeziehung der denkmalpflegerischen Belange. Sie stellt die bauliche Hülle und die technische Infrastruktur her. Zudem koordiniert und begleitet sie den individuellen Ausbau der ansässigen Gewerbe. Künstlerische Projekte im Bauprozess und im Betrieb werden durch die Genossenschaft integriert. Bei betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen steht die Genossenschaft den Mitgliedern vermittelnd und beratend zur Seite. Derzeit gibt es neun Genossenschafter/innen. Daneben liegen 18 unterschriebene Absichtserklärungen zum Eintritt vor. Dabei sind ganz unterschiedliche Branchen vertreten: beispielsweise ein alternativer Musikladen, ein latein-amerikanischer Klamottenladen, eine Tangoschule, eine Galerie, ein Kaffeeverkauf aus fairem Handel oder ein Café mit hausgemachten Speisen aus biologischem Anbau. Ca. 50 weitere Personen haben Interesse an Räumen auf dem Hof angemeldet.

(Kurz nach dem Sozialforum konnte die Genossenschaft die Immobilie erwerben.)

7) 20.10., 11.30-13.30, Workshop „Selbstverwaltete Betriebe“

Es war geplant, ein Gespräch bzw. einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiter/innen der besetzten Thüringer Fahrradfabrik, Viviana Uriona aus Argentinien/Rostock und Alexandra Krylova aus Moskau zu durchzuführen. Leider war die Teilnahme der Thüringer/innen letztendlich nicht möglich.

Die Arbeiterselbstverwaltung entstand nach Alexandra Krylova (Sozialwissenschaftlerin) 1917 in Russland (Genossenschaftliche Traditionen haben in Russland aber eine viel längere Geschichte). 1918 wurde die Industrie nationalisiert und deren Leitung zentrali-

siert. Die Organe der Arbeiterselbstverwaltung wurden unter die Kontrolle des zentralisierten Staates gestellt. Ihre Rolle wurde immer weiter eingeschränkt.

Zwischen 1987 und 1990 ließen in der Sowjetunion neue Gesetze mehr Raum für Selbstverwaltung in der Produktion zu, aber sie blieben de facto eher Papier. Schon 1990 wurden die neuen Rechte wieder zurückgenommen.

Zwischen 1997 und 2000 kam es in Russland zu Beispielen für Selbstverwaltung in besetzten Fabriken.

Heute gibt es zwar viele Genossenschaften, aber nur wenige von ihnen sind solidarisch und demokratisch organisiert. Die genossenschaftlichen Betriebe sind meistens klein (5 bis 60 Leute). In Moskau existieren z.B. eine Schule, ein Buchladen, ein Geologie-Betrieb und eine Genossenschaft für Architektur- und Bauarbeiten. In der Industrie sind ebenfalls einige Kooperativen zu finden, aber sie sind hierarchisch-paternalistisch organisiert. D.h. die Mitarbeiter/innen sind zwar sozial relativ gut abgesichert, aber sie erhalten meistens nur sehr beschränkt Informationen zum Unternehmen. Vollversammlungen gibt es nur selten und die Bezahlung des Direktors und der „Normalarbeiter“ klafft weit auseinander. Das Gehalt des Direktors ist meist 8-10 Mal höher.

Über die Hälfte der Industriekapazität in Argentinien lag nach **Viviana Uriona (Politikwissenschaftlerin)** brach, als sich immer mehr Arbeiter/innen entschlossen, Betriebe zu besetzen und in Eigenregie weiterzuführen. Die Besetzungen entstehen als Überlebensprojekte. Selbstverwaltete Betriebe sind ein ambivalenter Versuch, der schnell in der Verwaltung von Mangel stecken bleiben kann. Die Belegschaften der meisten besetzten Betriebe haben sich dafür entschieden, Kooperativen zu gründen. Damit konnten sie Räumungen und Zwangsversteigerungen verhindern. Die Bedingung für eine Legalisierung aber war, dass die Arbeiter/innen die Schulden des ehemaligen Besitzers übernahmen. Entsprechend groß war dann der Druck, produktiv und marktgerecht zu produzieren. So können viele Kooperativen nur geringe Löhne auszahlen und sehen sich gezwungen, Abstriche bei den Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu machen oder Arbeiter/innen zu entlassen. Angesichts der Vielzahl und des Durchhaltevermögens der Besetzer/innen sind Verordnungen für Enteignungsverfahren erlassen worden. Wenngleich unter der Drohung von Räumung und Arbeitsplatzverlust der Spielraum für die Arbeiter/innen gering ist, weigerten sich einige Belegschaften, Kooperativen zu bilden und Schulden zu übernehmen. Sie forderten/fordern die „Verstaatlichung unter Arbeiterkontrolle“. Vom Staat verlangen sie, dass er die notwendigen Rahmenbedingungen für eine wirkliche Wirtschaftsdemokratie schafft. Die Zukunft der Bewegung in Argentinien ist offen. Es wird nicht nur von der Entwicklung dort abhängen, ob die besetzten Betriebe als Fußnote in den Geschichtsbüchern auftauchen, oder als Anfang von etwas Neuem. Aber eines kann schon gesagt werden: In Argentinien wurde erneut der Nachweis erbracht, dass eine Produktion keine Bosse braucht und eine Bewegung keine Führer. Mehr als hundert Fabriken wurden von den Arbeiter/innen besetzt und in Gang gebracht.

8) 20.10., 11.30-13.30 Workshop „Sinnvolle Arbeitsplätze, lokale und regionale Entwicklung“

Eva Marlirova (Gesellschaft für fairen Handel und globale Entwicklung, Ausbilderin für Entwicklung) bemüht sich zum einen, über Fair Trade ökonomische Ressourcen für eine nachhaltige Lokalentwicklung in Entwicklungsländern zu mobilisieren, zum an-

deren über die Direktvermarktung Agrargenossenschaften in Tschechien zu unterstützen und so dezentrale wirtschaftliche Entwicklungen zu fördern.

Die NGO Gesellschaft für fairen Handel und globale Entwicklung wurde im Jahre 2003 gegründet. Sie soll helfen, in der tschechischen Öffentlichkeit ein Bewusstsein für soziale und ökologische Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern auszuprägen und Bürger/innen für Fair Trade zu interessieren. So soll politischer Druck für gerechte Außenhandelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern und für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in diesen Ländern gestärkt werden. Über Fair Trade werden vor allem Genussmittel und handwerkliche Erzeugnisse gehandelt. Zwischen den Produzierenden in den Entwicklungsländern und den Konsumierenden in den Industrieländern sollen solidarische Beziehungen entstehen und reproduziert werden.

Die Arbeit der Gesellschaft für fairen Handel und globale Entwicklung begann mit zwei lokalen Gruppen in Brno und Prag. In Prag wurde 1991 der erste Eine-Welt-Laden eingerichtet.

Was die Öffentlichkeits- und politische Bildungsarbeit der Gesellschaft anbelangt, so geht es vor allem um Vorträge, Gespräche, Bildungsprogramme, Infostände, Internet-Auftritte, Flugblätter, Kampagnen. Zugleich geht es um die Einrichtung von spezifischen Vermarktungseinrichtungen und Spezialläden, vor allem für Produzenten in Entwicklungsländern, aber auch für genossenschaftliche Akteure der ökologischen Landwirtschaft. Der erste NaZemi-Laden wurde 2004 geschaffen. Inzwischen gibt es vier und weitere vier Fair Trade-Geschäfte. Ferner gibt es insgesamt 80 Orte, an denen Produkte verkauft werden. Gewinne gehen als Ko-Finanzierung für politische Bildungsangebote ein.

Die Akteure der Gesellschaft sind ca. 40 ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in fünf Städten, ökologische Organisationen, BIO- und Fair Trade-Geschäfte. Die ersten Importeure tschechischer Produkte waren eine Ökumenische Akademie in Deutschland und ein Eine-Welt-Laden in Österreich.

Der Umsatz von Fair Trade in der Tschechischen Republik

2004	30 000 EUR
2005	116 606 EUR
2006	333 000 EUR

Die NGO leidet unter dem Mangel an einer landesweiten Fair Trade Vermarktungsinitiative. So werden die Fair Trade Waren, die in Tschechien verkauft werden, über ausländische FT-Firmen importiert. Das heißt, es fehlt der direkte Kontakt zu den Produzenten in den Entwicklungsländern. Die NGO leidet ferner unter dem geringen Interesse der tschechischen Öffentlichkeit.

Dennoch wird es in Kürze ein Seminar geben, das die Aktiven in Brno mit ihren Partnerstädten organisieren (Leeds, Leipzig, Wien). Brno will eine Fair Trade Stadt werden. Ein solches Beispiel könnte auf andere Verwaltungen ausstrahlen. Ferner hoffen die FT-Bewegten auf die Aktivitäten von Frauen- und SeniorInnen-Gruppen und ihre nationalstaatliche Vernetzung.

So wie Fair Trade für den Import von Erfahrungen aus anderen Ländern steht, gilt dies für *Arbeitgeberzusammenschlüsse*. **Thomas Hartmann (Tamen)** sprach über Arbeitge-

berzusammenschlüsse als betriebliche Kooperationen zur Sicherung qualifizierten Personals. Für viele kleinere Betriebe ist es oft schwierig, für saisonale und befristete Beschäftigung sowie für spezifischen Teilbedarf gute und zuverlässige Fachkräfte zu finden, trotz einer hohen Arbeitslosenrate. In Frankreich wurde deshalb zu Beginn der 1980er Jahre das Modell der "Groupements d'employeurs" - „Arbeitgeberzusammenschlüsse“ (AGZ) entwickelt. Dies sind Zusammenschlüsse von Betrieben, die sich qualifizierte Arbeitskräfte teilen. 1985 wurden die Arbeitgeberzusammenschlüsse in Frankreich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Die Basis eines Arbeitgeberzusammenschlusses ist dort ein Verein, der von einer Gruppe von Betrieben gegründet wird. Dieser stellt für die Mitgliedsbetriebe gemäß ihrer zusätzlichen Bedarfe Arbeitskräfte ein, qualifiziert sie entsprechend den Anforderungen weiter und managt den Einsatz in den beteiligten Betrieben. In Frankreich existieren derzeit etwa 4.500 solcher Zusammenschlüsse, in denen mehr als 40.000 Beschäftigte arbeiten.

In Deutschland gibt es mittlerweile drei Arbeitgeberzusammenschlüsse (je einen in Brandenburg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen) und mehr als 10 Initiativen zum Aufbau von AGZ. Die gemeinsame Verantwortung der Betriebe für den Zusammenschluss und sein Personal ist ein wesentliches Merkmal von AGZ. Die Betriebe werden von Personalmanagementaufgaben entlastet und bekommen eingearbeitete Fachkräfte für die Zeit ihres erhöhten Arbeitsaufkommens. Durch die gemeinsame Verantwortlichkeit, die Teilung des Beschäftigungsrisikos und die Sicherheit, dass für die Beschäftigten Einsatzbetriebe zur Verfügung stehen, kann der Zusammenschluss kostengünstig arbeiten, Fachkräfte binden, Kompetenzen entwickeln und den Beschäftigten eine hohe Arbeitsplatzsicherheit bieten.

Arbeitgeberzusammenschlüsse finanzieren sich in der Regel über einen prozentualen Aufschlag auf die von den Betrieben in Anspruch genommenen Arbeitsstunden. Größere Zusammenschlüsse werden von einem eigenen Management geleitet, bei kleineren Betrieben übernimmt das Management üblicherweise ein Mitgliedsbetrieb. Hauptaufgabe des Managements ist die Identifikation von Bedarfen der Betriebe und die Kombination dieser Nachfrage zu Vollzeit-Arbeitsstellen für die Beschäftigten. Arbeitgeberzusammenschlüsse sind ein Instrument der regionalen Fachkräftesicherung. Im Unterschied zu Zeitarbeitsformen arbeiten AGZ nicht Gewinn orientiert. Sie sind „Unternehmen der Unternehmen“, in denen sich mehrere Betriebe das Beschäftigungsrisiko für diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilen, die sie gerne binden und entwickeln wollen. AGZ sind interne Dienstleister, ihre Personaldienstleistungen beziehen sich ausschließlich auf Mitglieder des jeweiligen Zusammenschlusses.

- AGZ stellen bei saisonalen und anderen regelmäßig wiederkehrenden befristeten Beschäftigungen sowie für spezifische Teilbedarfe zuverlässige und eingearbeitete Arbeitskräfte zur Verfügung.
- In AGZ sind Unternehmen gemeinschaftlich verantwortlich für eine Gruppe von Beschäftigten; sie teilen die Risiken ebenso wie die wirtschaftlichen und geschäftlichen Vorteile.
- AGZ bieten die personalwirtschaftliche Betreuung einer Unternehmenskooperation mit zwischenbetrieblicher Zusammenarbeit und daraus erwachsenen Synergieeffekten.

- Durch die von den Betrieben garantierten Einsatzzeiten können AGZ kostengünstig arbeiten.
- Einarbeitung, passgenaue Weiterqualifizierungen und regelmäßige Ermittlung des Qualifikationsbedarfs mit den Beschäftigten und den Betrieben werden vom AGZ professionell erledigt.
- AGZ bieten für die Beschäftigten soziale und materielle Sicherheit sowie stabile und kontinuierliche Arbeitsumgebungen.

Ihnen geht eine Untersuchung voraus

- über den Bedarf an saisonaler und befristeter Beschäftigung,
- über die Möglichkeit, den Bedarf zu Arbeitsplätzen zu kombinieren,
- über die Bereitschaft der Betriebe, sich an einem Zusammenschluss zu beteiligen.

Hat die Machbarkeitsstudie ein positives Ergebnis, muss entschieden werden:

- welche Rechtsform der AGZ erhalten soll (in der Regel eine Genossenschaft),
- welche finanziellen Belastungen oder Risiken die Mitglieder zu tragen haben,
- wie der AGZ organisiert werden soll (z.B. wer managt die Planung der Mitarbeiter, wird ein Geschäftsführer eingestellt)?

Am Ende der Veranstaltungsreihe wurde (nochmals) herausgearbeitet, dass **Akteure, die der Genossenschaftsidee anhängen, dann Gesellschaft positiv verändern helfen, wenn sie gezielt an der Schaffung neuer gesellschaftspolitischer Allianzen mitwirken. Aufgrund ihrer regionalen Verankerung können sie insbesondere helfen, Räume und Ressourcen zu erschließen, um von der Region aus Einfluss auf den Gang der Globalisierung zu nehmen, ihn zu verändern. Sie können demokratischer Globalisierungskritik und globaler Solidarität eine zusätzliche ökonomische Kraft verleihen. Dafür ist die bewusste Verbindung von Selbsthilfe, solidarischem Miteinander in der Genossenschaft/Gruppe/Organisation und das politische Eintreten für Solidarität mit den Schwächsten und Schwächeren in der Gesellschaft die Grundbedingung. Diese Verbindung und die entsprechenden Akteursbündnisse können und sollen durch Sozialforen befördert werden. Die Akteure der Solidarischen Ökonomie und die Akteure der Sozialforumsprozesse gehören zusammen bzw. die Akteure der Solidarischen Ökonomie sind zugleich Akteure der Sozialforumsprozesse bzw. sollten es werden.**

Anlage

Programm für den internationalen Workshop
„Solidarische Ökonomie in Ostdeutschland, Ost- und Mitteleuropa“
am 19.10./20.10. im Rahmen des 2. Sozialforums in Cottbus

Das Sozialforum wird am **18.10.**, um 18.00 Uhr in der Stadthalle von Cottbus (Berliner Platz 6) eröffnet und schließt am 21.10. um ca. 13.30 Uhr.

Unser Workshop beginnt am 19.10. um 9.00 and endet am 20.10. gegen 13.30 Uhr.

Die zerstörerischen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung sind in den ehemaligen „Ostblockländern“ besonders drastisch. Schließlich ging mit der politischen Wende die Öffnung zu einem Weltmarkt einher, der nach ganz anderen Gesetzen funktioniert als die „staatssozialistische“ Wirtschaft. Hinzu kamen zum einen die politische Revanche und lukrative Räume für das global agierende Kapital, zum anderen eine auf den Wandel unvorbereitete Bevölkerung. So wurde auch durchaus Vernünftiges abgewickelt, soziale Probleme wuchsen dramatisch. Dennoch sind selbstbestimmtes Denken und Handeln nicht einfach verschwunden. Im Ringen mit ihren Alltagsproblemen entwickeln verschiedene Gruppen von demokratisch gesinnten Menschen ihre sozialen und ökonomischen Strategien.

Was sie in Ostdeutschland und den MOE-Staaten heute tun, inwieweit sie erfolgreich sind, Neues lernen und vielleicht sogar an politischen Alternativen mitwirken, sind interessante und lohnende Fragen.

An der Diskussion nehmen Gäste aus Polen, Tschechien, Rumänien, Russland und natürlich aus den neuen Bundesländern teil.

19.10.2007

9.00-11.00 und 11.30-13.30 Plenum

Brandenburgische Universität, Konrad-Wachsmann-Alle 1, Hörsaal A

Zum einen geht es um ein besseres Verständnis für die Bedingungen, unter denen heute in Ostdeutschland und in den heterogenen MOE-Ländern Menschen Projekte und Strategien entwickeln, um ihren Alltag zu meistern, ihren Kindern Lebenschancen zu erschließen. Zum anderen geht es um die Frage, was Solidarische Ökonomie leisten kann. Dabei wenden wir unseren Blick zunächst insbesondere nach Polen.

9.00: Eröffnung

9.15: Martin Krzywdzinski: Die soziale Frage heute

9.35: Tadeusz Kowalik: Das Programm der Solidarność und die Polnische Transformation

9.55: Fragen, Antworten, Diskussion

10.25: Organisatorinnen: Einige Bemerkungen zum Begriff „Solidarische Ökonomie“

10.35: Justyna Kliombka-Jarzyna: Solidarische Ökonomie in Polen

Viel zu wenig ist bekannt, was in Russland, Ostdeutschland und Rumänien mit Genossenschaften, Solidarischer Ökonomie und sozialem Widerstand verbunden wird. Schließlich galten und gelten lange Zeit gerade diese Länder und Regionen als Beispiele für eine besonders entmündigte Bevölkerung. Allerdings tritt beim näheren Hinsehen recht Interessantes, Entwicklungsfähiges und Verallgemeinerungswürdiges zu Tage.

11.30: Alexandra Krylova: Jelzin und Putin einerseits, Widerstand aus der Bevölkerung andererseits

11.50: Wolfgang Allert: Zu Genossenschaften in Ostdeutschland

12.10: Roxana Mirciu: Solidarische Ökonomie in Rumänien

12.30: Fragen, Antworten, Diskussion

13.00: Organisatorinnen: Einige Fragen für die weitere Diskussion

13.15: Diskussion

14.30-16.30 Zwei parallele Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe a) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 111

Strategien gegen soziale Ausgrenzung, für soziale Integration – Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern, Warszawa und Miastko: Ulrich Krämer, Christian Köpcke, Ewa Hinca, Justyna Kliombka-Jarzyna

Mecklenburg-Vorpommern und seine polnischen Nachbargebiete werden vielfach mit Vorstellungen von ländlichen Räumen, attraktiver Natur und einer „etwas langsamen“ Bevölkerung verbunden. Hier sind viele Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen. Nicht ganz wenige haben für Aufregung und zusätzliche Arbeit in den Behörden gesorgt und Projekte geschaffen, die zeigen, dass es anders geht. Das beweisen auch Warschauerinnen sehr überzeugend.

Arbeitsgruppe b) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 112

Genossenschaftliche Unternehmen und Prinzipien in der Landwirtschaft:

Mihai Lungu, Gerald Thalheim, Wolfgang Jahn

Auch und insbesondere in der DDR und in Rumänien wurden einst in großem Ausmaß landwirtschaftliche Genossenschaften geschaffen, nicht zuletzt mit Zwang und Kontrollabsichten. Dennoch aber hat gerade das Modell Genossenschaft den Übergang in eine andere Wirtschaft überlebt. Warum? Und finden sich hier Ansätze, um erneut in eine andere – diesmal wirklich gerechte, demokratische und soziale – Gesellschaft mit einer anderen Wirtschaft zu gelangen?

17.00- 19.00

**Auch Russland ist Europa und „Aktivist“ kommt aus dem Russischen
Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 112**

Alexandra Krylova zeigt einen Film über soziale Kämpfe in Russland, insbesondere über Betriebsbesetzungen. Wenngleich auch in Russland die Zahl und Erfolge von Aktionen gegen die herrschende Politik in keinem Verhältnis zu den angestauten sozialen und ökologischen Problemen stehen, sollten der demokratische Widerstand und soziale Ungehorsam in Russland keineswegs ignoriert oder unterschätzt werden.

Parallel

**Konferenzen, Seminars, Workshops im Rahmen des Sozialforums
Diskussionen, Kultur im Rahmen des Sozialforums**

20.10.2007

9.00-11.00 und 11.30-13.30 2x Zwei Arbeitsgruppen

9.00-11.00

Arbeitsgruppe a) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 114

Wohnen und soziales Umfeld:

Gabriela Eckert, Elke Koch, Rainer Richter

Zahlreiche Menschen verbinden seit Jahrzehnten das Genossenschaftsmodell mit der Milderung und Lösung ihrer Wohnungsprobleme, mit einem Gewinn an Lebensqualität. Das war auch in der DDR so, das ist auch in Ostdeutschland so. Das aber war und ist nicht automatisch mit mehr Selbst- und Mitbestimmung der Bewohner/innen verbunden. Doch konnte und kann es sehr wohl mehr Selbst- und Mitbestimmung ermöglichen.

Arbeitsgruppe b) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 113

Lokale Probleme (lokale Entwicklung, Abfall, Wasser):

Roxana Mirciu, Winfried Haas, Katrin Roschig, Frieder Böhme, Ina Vogt

In Ostdeutschland und Rumänien wird zunehmend die Genossenschaftsidee wieder neu entdeckt und genutzt, um das Leben in der Kommune zu erleichtern und zu verbessern. Seien es die verbrauchergemäße Wasserver- und Abwasserentsorgung, die umweltverträgliche Müllentsorgung und -verwertung und andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – mehr Demokratie und Arbeitsplätze ohne private Kapitalgesellschaft sind möglich.

11.30-13.30

Arbeitsgruppe c) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 113

Selbstverwaltete Betriebe in Russland, Polen und anderswo sowie Schlussfolgerungen aus den vergangenen 1 ½ Tagen

Viviana Uriona, Alexandra Krylova, N.N. aus dem Thüringer Fahrrad-Werk

Der Begriff „Selbstverwaltete Betriebe“ wird zur Zeit in Deutschland zwar auch mit Thüringen, aber zumeist mit Lateinamerika, insbesondere mit Argentinien verbunden, weniger mit Polen und so gut wie gar nicht mit Russland. Aber es gibt sie und Linke in Deutschland können viel von ihnen lernen, vielleicht auch die Besetzer/innen der Thüringer Fahrrad-Fabrik.

Und nicht zuletzt interessiert die Veranstalterinnen, was wer aus unserer Veranstaltungsreihe lernen konnte.

Arbeitsgruppe d) Oberstufenzentrum I, Sielower Straße 10, Raum 304

Sinnvolle Arbeitsplätze, lokale und regionale Entwicklung und Schlussfolgerungen aus den vergangen 1 ½ Tagen:

Eva Malirova, Thomas Hartmann

Dass Solidarische Ökonomie auch und insbesondere in Ostdeutschland und Tschechien zu neuen sinnvollen Arbeitsplätzen, zum Gewinn an Lebensqualität in Kommunen und Regionen führen kann, können wir beweisen. Sie hilft lokale und regionale Ressourcen zu erschließen, lokale und regionale Märkte zu schaffen. Warum und wieso und was wer aus unserer Veranstaltungsreihe gelernt hat – das interessiert sicher nicht nur die Veranstalterinnen.

20.10.2007

14.30: Demonstration und Konzert

Diskussion über die Mobilisierung anlässlich des G8-Treffens nach Rostock, Bad Doberan and Heiligendamm

21.10.2007

9.00-11.00

Workshops, Seminare

11.30-13.30

Versammlung der sozialen Bewegungen

13.30

Ende des 2. Sozialforums in Deutschland

Teilnehmer/innen am internationalen Workshop zur „Solidarischen Ökonomie“

Dr. Wolfgang Allert, Mitteldeutscher Genossenschaftsverband
Frieder Böhme, Stadtteilgenossenschaft Sonneberg e.G.
Krystyna Bzdak, Fraueninitiative Miastko
Ewa Czewska, Fraueninitiative Miastko
Dr. Judith Dellheim, Sozialwissenschaftlerin, Berlin
Zofia Dera, Fraueninitiative Miastko
Barbara Domańska, Fraueninitiative Miastko
Zdislawa Dudek, Fraueninitiative Miastko
Ryszard Dul, Arbeitsloseninitiative Miastko
Gabriela Eckert, HBS Bauprojekt, Management e. G.
Joanna Gwiazdecka, Bereichsleiterin im Warschauer Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Dr. Thomas Hartmann, Geschäftsführer tamen
Ewa Hincă, Fraueninitiative Miastko
Dr. Wolfgang Jahn, AG Agrarpolitik und ländlicher Raum
Dr. Justyna Kliombka-Jarzyna, Tutorin an der Universität of Lodz
Elke Koch, Stadtteilgenossenschaft Sonneberg e.G.
Christian Köpcke, Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes in M-V
Ulrich Krämer - Trainer, Coach und Unternehmensberater
Alexandra Krylova, Sozialwissenschaftlerin, Moskau
Dr. Martin Krzywdzinski, wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB
Mihai Lungu, Leiter der Agrargenossenschaft Muntenia, in Rumänien
Eva Malirova, arbeitet im Bereich Bildung zur Entwicklungspolitik
Roxana Mirciu, Direktorin in der Stiftung PACT, in Rumänien
Piotr Resman, Arbeitsloseninitiative Miastko
Rainer Richter, Vorsitzender des Verbandes sächsischer Wohnungsgenossenschaften, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wohnungsbaugenossenschaft Burgstädt
Karin Roschig, geschäftsführender Vorstand/in der Kunst- und Gewerbe-genossenschaft Feinkost e.G. in Leipzig
Dr. Irmtraud Schlosser, Soziologin, Berlin
Malgorzata Striker, Lodz
Janina Szymańska, Fraueninitiative Miastko
Dr. Gerald Thalheim, Berater für Agrarpolitik
Viviana Uriona, Politikwissenschaftlerin, Rostock
Ina Vogt, mitteldeutscher Genossenschaftsverband